
Für eine außerparlamentarische Opposition Gespräch mit Oskar Negt über Politik und Politikberatung*



Prof. em. Dr. Oskar Negt, geb. 1934 in Königsberg/Ostpreußen, Studium der Rechtswissenschaften, Soziologie und Philosophie in Göttingen und Frankfurt/Main, lehrte Sozialwissenschaften an der Universität Hannover.

Frage: Ein von Ihnen herausgegebenes Buch, das vor der Bundestagswahl erschienen ist und fünfzehn Positionen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu Rot-Grün enthält, trägt den Titel „ein unvollendetes projekt“. Rot-Grün hat, wider manche Erwartung, die Gelegenheit bekommen weiter zu regieren. Wird denn das Projekt nun vollendet werden und wenn ja, wie?

Oskar Negt: Meine Idee bei diesem Buch war, die drohende Schweigsamkeit von Intellektuellen zu durchbrechen. In vielen Gesprächen musste ich jedoch feststellen, dass die mittlerweile bei vielen eingetretene Distanz zur Bundesregierung ein persönliches Engagement verhinderte. Andere wollten sich lieber gar nicht äußern, um nicht durch kritische Aussagen zu schaden. Fünfzehn der dreißig eingeladenen Intellektuellen haben übrigens umgehend abgesagt. Dennoch wollte natürlich niemand, dass Stoiber Kanzler wird.

Meine eigene Position ist zwiespältig. Eine ganze Reihe von politischen Anstößen dieser Bundesregierung sollte weitergeführt werden, z.B. das Zuwanderungsgesetz, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, Atomausstieg und Fragen der Ökologie. Die Theorie-Distanz dieser Bundesregierung führt jedoch dazu, dass dabei ein übergeordneter Projektzusammenhang fehlt. Insofern hat mich der immerhin knappe Wahlsieg überrascht, denn politische Überzeugungskraft kommt ohne diesen zusammenhängenden Entwurf nicht aus. Ich bleibe also skeptisch, ob es ein vollendetes Projekt wird.

Worin begründet sich die Skepsis?

Ich halte es für möglich, dass Gerhard Schröder mit der Berufung Wolfgang Clements *den* Fehler seines Lebens gemacht hat. Erstens ist Clements Verhältnis zu den Grünen als gestört

* Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Julia Müller am 11. Oktober 2002 in Hannover.

zu betrachten, so dass das Koalitionsklima sich mit einiger Sicherheit nicht verbessern wird, zweitens bürgen drei Alpha-Tiere in einem Kabinett nicht für Kooperation und drittens führt die komplette Umsetzung des Hartz-Papiers aus meiner Sicht zur Austragung aller Konflikte, aller Widersprüche dieser Gesellschaft auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ohne die Arbeitgeberseite in die Verantwortung zu nehmen. Eine derartige Lösung der Arbeitsmarktprobleme halte ich für illusionär.

Während Sie gerade, trotz fehlenden Gesamtzusammenhangs, manche Projekte der vergangenen Regierungszeit als positiv herausgestellt haben, ist die Wertung vieler Intellektueller eine andere. Danach fügen sich negativ bewertete Projekte wie Risikoprivatisierung und Ich-AG sehr wohl zu einer durchgängigen Systematik.

Das würde ich nicht bestätigen. Gerade die letzten Reden des Bundeskanzlers stehen für die Rückbesinnung auf die Traditionen der Arbeiterbewegung und damit für eine wachsende Distanz zu den außen- und sozialpolitischen Konzepten Tony Blairs. Die Bundesregierung hat die Erfahrung machen müssen, dass Verachtung gegenüber den Gewerkschaften und Demutsgebärden gegenüber den Unternehmern zu gar nichts führen, im Gegenteil. Ein Unternehmerpräsident sagte einmal: Wir sind immer auf der Seite der Sieger, und wenn es die Sozialdemokraten sind. Ich sehe also Ansätze, die durchaus positiv sind und kann das Gejammer der Intellektuellen über die gesamtpolitische Situation eigentlich nicht verstehen. Bei aller Zwiespältigkeit - Sozialdemokraten und Grüne sind keine Exekutoren neoliberaler Positionen.

Lässt man das Verhältnis von Intellektuellen und Politik in der Geschichte der Bundesrepublik Revue passieren, dann war es fast immer ambivalent, von der kurzen Ausnahmephase unter Willy Brandt einmal abgesehen. Intellektuelle brauchen, Sie haben es in Ihrem Brief an den Bundeskanzler formuliert, ein politisches Projekt, eine Utopie. Hat die letztlich stets pragmatisch geprägte Politik von Adenauer bis Schröder also zum Dauerzustand intellektueller Zurückhaltung geführt und kann es dazu eine Alternative geben?

Für Intellektuelle ist die Situation übersichtlicher Machtverhältnisse offensichtlich die günstigste. Natürlich wurde vor der Bundestagswahl auch die Meinung vertreten, ein Kanzler Stoiber würde die Verhältnisse wieder klären. Bei Brandt gab es diesen Zwiespalt nicht. Damals ermöglichte die erste breite Reformperiode die Beseitigung vieler Modernitätsrückstände, nicht zuletzt die Anerkennung der Resultate des Zweiten Weltkriegs. 1998 ging es zunächst einmal um den Wechsel selbst, das liegt auf der Hand. Aber natürlich habe ich damals wie viele andere auch für einen Regierungs- und Politikwechsel getrommelt. Das Fortexistieren alter Machtapparate in der Regierungsverwaltung macht deutlich, dass auch die Regierenden die Schwerkraft der bestehenden politischen Strukturen unterschätzt haben.

Intellektuelle verstehen unter einem Regierungswechsel eher den planvollen Wechsel des gesamten politischen Milieus. Mit der Realität konfrontiert, sind sie enttäuscht. Diese Enttäuschung gründet aber ebenso in der Veränderung der gesellschaftlichen Struktur. Der heutige Kapitalismus ist ein anderer, gewandelter. Seine universalistische Ausdehnung liegt in seiner Logik, war aber bisher durch Barrieren eingeschränkt. Diese Barrieren sind nach außen wie nach innen zerbrochen. Das Zerbröckeln dieser in jahrzehntelangem Kampf aufgebauten Schutzschichten verunsichert selbst seine chronischen Opponenten. Das gilt natürlich auch für die Strategie der Gewerkschaften, deren teils ohnmächtige Suchbewegungen wir beobachten können. Die gewerkschaftliche Suche nach einer neuen Strategie gegenüber dieser Form des Kapitalismus fällt um so schwerer, als es gegenwärtig keine außerparlamentarische Gegenmacht gibt. Das ist ein fatales Problem.

Sie haben mehrfach darauf hingewiesen, dass diese Art von Kapitalismus bereits von Karl Marx treffend analysiert worden sei. Hätten die Gewerkschaften mit ihrem altherwürdigen Instrument der internationalen Solidarität nicht ein wirksames Gegenmittel?

Ich glaube, dass diese internationale Solidarität bereits 1914 untergegangen ist. Nationale Traditionen und Interessen sind so tief in die Gesellschaft und ihre Organisationen eingedrungen, dass internationale Zusammenschlüsse, etwa Internationaler Bund Freier Gewerkschaften oder Internationaler Metallarbeiterverband, bestenfalls Auswüchse der Nichtsolidarität beseitigen können. Aktive Solidarität, z.B. im Kampf gegen die herrschende Form kapitalistischer Globalisierung, können sie nicht leisten. Dabei läge darin die Chance einer weltweiten Gegenmacht.

Ich stelle fest, dass auch viele Gewerkschafter verblüfft sind, wie lebensfähig diese Form des Kapitalismus in einer Zeit ist, in der die gesellschaftlichen Produktionskapazitäten, der gesellschaftliche Reichtum in den fortgeschrittenen Ländern ein unglaubliches Ausmaß angenommen hat. Die Gewerkschaften befinden sich im Augenblick in einer Orientierungsphase. Wenn sie nicht imstande sind, ein politisches Mandat für das Gemeinwesen, für die Gesamtgesellschaft zu übernehmen, werden sie in einer totalen Defensive verharren, die günstigstenfalls die Verteidigung gewisser Restbestände der Arbeiterbewegung zulässt. Die einmal erkämpften Rechte sind durch ihre Verrechtlichung und Verstaatlichung in Deutschland schwieriger anzugreifen, als dies in England und Italien der Fall ist. Der Einbau der Sozialrechte in das gesamte Rechtssystem verhindert das Herausbrechen einzelner Stücke, wie dies Thatcher und auch Blair gemacht haben. Insofern sind nationale Traditionen durchaus bestimmend für eine mögliche Gegenstrategie.

Sie sprechen von einer Ausdehnung gewerkschaftlicher Handlungsfelder. Soll das traditionelle Kernthema Arbeit zur Seite geschoben werden oder denken Sie an eine Erweiterung heutiger Konzepte von Erwerbsarbeit?

Das Letztere. Eine gewerkschaftliche Strategie muss den Lebenszusammenhang der Menschen, ihre Alltagswelt, mit einbeziehen. Sie muss die nicht wahrgenommenen Interessen der Menschen kollektiv organisieren. Dazu gehört eine Vielzahl von Interessen, die durch die engen gewerkschaftlichen Raster fallen. Es geht nicht nur um Verteidigung von Arbeitsplätzen und Rechten am Arbeitsplatz. Jenseits davon sollte z.B. die Situation von Frauen außerhalb der Erwerbsarbeit und das damit verbundene Geschlechterverhältnis gewerkschaftliches Thema sein. Wenn sich die Gewerkschaften hier nicht ausdehnen, wird das Kampfgebiet im traditionellen Sinne immer enger. Wenn man den Arbeitern in ihrem Lebenszusammenhang nicht dorthin folgt, wo sie sich auch bewegen, als Konsumenten, als Eltern, und das Feld anderen überlässt, dann resultiert daraus meines Erachtens eine Existenzkrise der Gewerkschaften. Als bloße Kampforganisationen für Arbeitsplatzbesitzer werden sie nicht überleben.

Die Gewerkschaften müssen sich wieder einen gesamtgesellschaftlichen Blick aneignen. Die betriebswirtschaftliche Ökonomie hat die Volkswirtschaft aufgezehrt. Dies darf jedoch nicht das letzte Wort unserer Gesellschaft und ihrer Gewerkschaften sein. Politisches Mandat und Erweiterung des Interessenbegriffs sind für mich zentrale Orientierungen einer erweiterten Strategie.

Welche Rolle spielen dabei für Sie die zwei Komponenten Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung?

Die Arbeitszeitverkürzung spielt eine zentrale Rolle. Wir haben Anfang der 1980er-Jahre mit der 35-Stunden-Woche begonnen und es hat sich gezeigt, dass Arbeitszeitreduktion allein nicht ausreicht, weil der Kapitalismus die Möglichkeit vieler kompensatorischer Auswege wie Arbeitsverdichtung und Selbstaussbeutung kennt. Die Diskussion um Arbeitszeitver-

kürzung muss gleichsam in einen kulturellen Rahmen eingebunden werden: Was können die Menschen mit der verkürzten Arbeitszeit anfangen? Wenn, wie schon Marx gesagt hat, im Privaten die Pfandleiher (und heute nicht nur die Pfandleiher) über den Arbeiter herfallen, also die Formen sekundärer Ausbeutung zunehmen, dann ist der Gewinn durch Arbeitszeitverkürzung nicht sehr groß. Auch hier gibt es ein gesamtgesellschaftliches Mandat der Gewerkschaften, selbst wenn es derzeit ihr Bewusstsein nicht prägt.

Ein großer Teil des gesellschaftlichen Reichtums fließt heute nicht mehr in den Produktionskreislauf zurück. Die gebotene Umverteilung, wie sie auch auf dem IG Metall-Kongress in Leipzig diskutiert wurde, stellt Anforderungen an die Politik. Diese Bundesregierung jedenfalls hat sich bisher nicht getraut, an die Reichen heranzugehen.

Ändert sich das in der zweiten Phase des Projekts?

Ich erwarte es. Falls nicht, wird diese Bundesregierung nach vier Jahren mit Sicherheit verabschiedet werden. Das wäre fatal, da die Spaltungen und Erosionen der Gesellschaft unter einer konservativen Regierung zunehmen. Es gibt nicht nur ein Problem der Armut in dieser Gesellschaft, sondern auch ein Problem des seit fünfzehn Jahren unerhört steigenden Privatereichtums. Bereits Aristoteles wusste, dass die Privatereichten das sprengende Element in der Polis sind, denn sie haben kein Interesse an der Gesellschaft.

Wirkt denn politische Beratung in diese Richtung? Dem Medienbetrachter jedenfalls begegnet dieses Thema einigermaßen selten.

Dieser Aspekt gehört in der Tat zur unterschlagenen Wirklichkeit. Dazu gehört im Übrigen auch die Situation der Arbeitslosigkeit, die lediglich auf der statistischen Ebene vorkommt. Die Politikberatung konzentriert sich wie bei jeder Bundesregierung auf das unmittelbar Durchsetzbare, Pragmatische. Dennoch hoffe ich, dass die Schiefelage der gesellschaftlichen Reichtumsentwicklung mehr und mehr wahrgenommen wird. Entscheidend dabei ist, dass nur noch ein Drittel des Geldes in den Produktionszusammenhang zurückgeht und davon wiederum ein großer Teil zu Rationalisierungsinvestitionen wird. Zu mehr Arbeitsplätzen kann dies nicht führen. Auch das Konzept der Hartz-Kommission schafft keinen einzigen neuen Arbeitsplatz.

Die Generation Fischer/Schröder hat uns erzählt, in der Jugend einiges mitgemacht zu haben und kapitalismuskritisch gewesen zu sein und inzwischen begriffen zu haben, dass es keine Alternative zu diesem inhalierten, gelebten Kapitalismus gibt. Wie sollen da politische Alternativen überhaupt in die Köpfe gelangen?

Ich will es so sagen: Das Schicksal der Welt hängt nicht von einer Bundesregierung ab. Wir müssen vielmehr in ein Klima des Umdenkens, der kulturellen Diskurse kommen, in dem sich Verantwortungen auf allen Ebenen verändern. Die sozialdarwinistische Vorstellung, wonach jeder seines Glückes Schmied sei, ist noch weit verbreitet. Die Überlebenskraft des Kapitalismus bleibt nicht ohne Wirkung auf die Subjekte und deren Binnenausstattung. Ich sehe die Aufgabe von politischen Intellektuellen darin, sich von den gegenwärtigen Verhältnissen nicht dumm und stumm machen zu lassen.

Gibt es ein Netzwerk bei der jüngeren Generation von Intellektuellen und verhindert die Moderationstechnik, die diese Bundesregierung kennzeichnet, nicht einen solchen Aufklärungsprozess?

Von meinem Sohn, der eine Lehre macht, weiß ich, dass im Kreis der Auszubildenden bereits Wochen vor der Wahl diskutiert wurde, sogar über die konkrete Verteilung der Stimmen. Ich sehe auch bei den Studenten ein waches Bewusstsein gegenüber den Machtverhältnissen, gegenüber Betrügereien und falschen Versprechungen. Der Wahrheitsanspruch an die Politik ist sehr groß.

Ich weigere mich, über die nachfolgende Generation herzufallen, indem ich sie unpolitisch nenne. Sie ist anders politisch. Sie verbindet ihre Lebensinteressen stärker mit dem, was Politik ist. Junge Leute achten auf die ökologische Dimension der Politik und für sie ist z.B. die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen selbstverständlich. Mit herkömmlichen Politikvorstellungen, die mit organisierten Großverbänden rechnen, hat das nichts mehr zu tun. Mit Parteitag und Gewerkschaftskongressen haben sie nichts am Hut. Sie verstehen die Manipulationen, die Machtkämpfe und Revierabgrenzungen, die dort stattfinden, nicht.

Kommen wir noch einmal zu den Gewerkschaften. Deren wichtigste Substanz sind die Mitglieder. Viele von ihnen sind inzwischen über 60 Jahre alt. Nimmt man das, was Sie soeben über die Jungen gesagt haben, muss man sich dann um die Fortexistenz der Gewerkschaften Sorgen machen?

Nehmen wir die Gewerkschaftlichen Monatshefte. Es ist sehr lange her, dass ich zum ersten Mal für sie geschrieben habe. Es gibt eine Art Treueverhältnis zu dieser Zeitschrift. Man sollte nicht unterschätzen, was es bedeutet, dass es ein solches Organ gibt, das auch ganz anders aussehen könnte, das viel stärker die Verlautbarungen von Vorständen intellektuell garnieren könnte. Das ist nicht der Fall, sondern es findet wirklich ein Diskurs mit einer sehr weiten Themenpalette statt. Solche Ruheplätze der Reflexion, wo es nicht um Umsetzbarkeit geht, sind nach meinem Dafürhalten unabdingbar. Solche Ruheplätze der Reflexion, die es übrigens auch bei den Kirchen gibt, halte ich für geeigneter als organisierte Vernetzung. Ich bin skeptisch gegenüber Vernetzungen, weil das Gefühl, dass 20 Organisationen vernetzt sind, die Täuschung vermittelt, dass da wirklich etwas passiert. Dabei handelt es sich häufig genug um eine Zerfaserung von Energien, und ich plädiere eher für konzentrischen Kreise.

In Ihrem Brief an Gerhard Schröder erwähnen Sie den Zusammenhang von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen bei dessen erster Kandidatur in Niedersachsen. Das klingt sehr vorbildlich. Sehen Sie im Moment die Möglichkeit, etwas Ähnliches für die Bundesrepublik zu erreichen?

Nein, im Augenblick nicht. Vielleicht lässt sich etwas in einer Art Fernbeziehung machen. Der damalige Kreis ist aus einem Oppositionsgeist heraus entstanden. Das hat eine ganz andere Logik, als innerhalb eines Regierungsapparates einzelne Schritte zu begleiten und zu kommentieren. Solange Menschen in der Opposition sind, sind sie aufgeschlossener und nehmen bereitwilliger Rat an; solange Politiker im Prozess des Machterwerbs sind, sind sie weltoffener und viel bereiter, theoretische Vorschläge anzunehmen und zu überdenken. Wenn sie Machtpositionen haben, muss die Distanz zwischen Theorie und Praxis größer werden. Es ist gefährlich, Theoriearbeit auf einzelne pragmatische Schritte zuzuschneiden. Deshalb plädiere ich jetzt, was manchem nicht gefallen wird, für die Neukonstituierung einer außerparlamentarischen Opposition. Ich glaube, dass bestimmte Dinge überhaupt nur durchsetzbar sind, wenn es so etwas wie außerparlamentarische Bewegungen gibt. Das wäre eine Form des Machtgegengewichts. Die zweite Form des Machtgegengewichts besteht darin, dass die Theorieproduktion, die Produktion von Zusammenhang, von Analysen, die sich auf Politik beziehen, ihre Autonomie und ihre kritische Würde nicht verlieren dürfen. Die Intellektuellen sollen beileibe nicht nur darauf starren, dass ihre Gesichtspunkte unmittelbar umgesetzt werden, sondern vielmehr auf die politische Struktur der Gesamtgesellschaft bezogen analysieren, untersuchen und natürlich auch engagiert Stellung nehmen. Und gerade wenn politische Freunde an der Macht sind, muss die Distanz eher größer werden.

Unsere Zeit wird häufig mit der vor 100-150 Jahren verglichen, als die Industrialisierung einsetzte und riesige Umbrüche hervorbrachte. Damit einher ging allerdings auch die Entwicklung von Sozialpolitik und Sozialstaat – als sozusagen spezifisch deutscher Versuch

einer Zählung oder Humanisierung des Industrialismus. Muss man ähnliche gedankliche oder politische Entwürfe für den aktuellen Umbruch vermissen?

Im Augenblick haben wir eine Individualisierungskampagne, die völlig zu Lasten von kollektiven Sicherungen geht. Sie ist so sehr im Vordergrund, und das wird übrigens durch die Hartz-Kommission noch einmal verschärft, dass sich damit eine komplette Umstrukturierung unserer Vorstellung von der Gesellschaft ergibt. Damit geht einher, dass der Zusammenhang zwischen den Macht- und Herrschaftsstrukturen dieser Gesellschaft und deren ökonomischen Potenzen nicht mehr hinreichend gesehen wird. Die Verbindung zwischen der unglaublichen ökonomischen Macht der Konzerne, die ja bekanntlich zum Teil keine Steuern mehr bezahlen, und der gesamten Macht- und Herrschaftsstruktur der Gesellschaft ist verschwommen. Umso widersinniger ist es, nun dem Individuum zuzumessen, was einst kollektive Kämpfe bewirkt haben, als man davon ausging, dass der Einzelne sich nicht alleine helfen kann und deshalb Solidarität auch gegenüber den Benachteiligten zu üben ist. Diese Schutzschicht gegen die Fährnisse des Alltags sollen sich die Individuen nun selbst zulegen. Das führt dazu, dass die Gesellschaft oder das Kollektiv die Verantwortung abgibt. Die Alternative dazu wäre z.B. eine Art gesellschaftliche Grundsicherung für jeden. Danach würde jeder ein Gehalt, beispielsweise 1000 Euro monatlich, bekommen, was wahrscheinlich gesellschaftlich überhaupt keine zusätzlichen Kosten verursachen würde. Solch eine Grundsicherung wäre eine Alternative zu den alten Sicherungen. Eine Möglichkeit, dass das Individuum selbst die gesellschaftlichen Schutzschichten aufbaut, sehe ich dagegen nicht.

Das ist ein schwieriges Modell. Auf der einen Seite stellt es wahrscheinlich die einzig gangbare Lösung dar, auf der anderen Seite stehen dem gesellschaftlich eingespielte Machtverhältnisse gegenüber. Die Benachteiligung von Frauen im Arbeitsprozess wird nicht aufgehoben werden, indem man sie finanziell absichert. Was über Arbeit nach wie vor funktionieren muss, ist eine Form von gesellschaftlicher Anerkennung, Bestätigung. Ist es nicht so, dass, solange dieser Mechanismus nicht aufgebrochen wird, eine „nur“ materielle Ausstattung zwar die Existenz der Menschen sichern, ihnen aber nicht den Bürgerstatus geben kann?

Die Grundsicherung wäre ein existenzielles Minimum, das als solches natürlich nicht die Disparitäten z.B. im Geschlechterverhältnis verändert. Ich bin der Auffassung, dass es in dieser Gesellschaft genug Interessen gibt, die eine gewissen Sockel an Arbeitslosigkeit ganz gern sehen, weil Existenzangst so etwas wie ein Kitt bestehender Herrschaftsverhältnisse ist. Es wird keineswegs überall als günstig angesehen, wenn die Menschen in ihrer Arbeit zufrieden sind. Eine Grundsicherung könnte die Existenzangst mildern. Das würde natürlich voraussetzen, dass der Privatisierungswahn in der Gesellschaft überwunden würde und man zu kollektiven Vorstellungen und zu einem Begriff von Gesellschaft und Gemeinwesen zurückkehrte, die nicht schlicht die Summe der Individuen und nicht die Summe der betriebswirtschaftlich kalkulierten Unternehmen sind. Von André Gorz stammt die schöne Formel, wonach kollektiv entstandene Probleme am kostengünstigsten kollektiv zu lösen sind.

Sowohl in Ihrem Brief an den Kanzler als auch anderswo finden sich stark medienkritische Untertöne. Hätten wir nicht eigentlich die Medien, die vieles von dem, was Sie gesagt haben, plastisch und eingängig darstellen könnten?

Die Medien sind Bestandteil von Herrschaftsapparaten, die sich herausgebildet haben. Die euphorische Erwartung an die Kommunikationsgesellschaft, die zum ersten mal die Möglichkeit hat, Informationen über Internet und über andere Kommunikationsmittel sehr schnell weiterzugeben, diese euphorische Erwartung an die Aufklärungsfunktion der Medien ist mittlerweile zerbrochen oder zerfasert. Bei den Medien hat sich so etwas wie eine

zweite Wirklichkeit herausgebildet, die vielmehr zu einer Art Enteignung der Erfahrung dieser primären Wirklichkeit führt. Für viele Menschen sind inzwischen die Medien die erste Wirklichkeit. Wenn sie Dianas Tod beweinen, dann weiß man nicht so recht, ob sie vielleicht glauben, es sei eine Verwandte, die da beklagt wird. Die Zweifel an der eigenen Erfahrung und deren Gültigkeit haben durch diese Medienwirklichkeit, die ich als zweite Wirklichkeit bezeichne, einen ungeheuren Zuschuss erhalten. Dabei kommen bestimmte Bereiche, fundamentale Bereiche der gesellschaftlichen Konstitution, in diesen Medien überhaupt nicht vor.

Etwa Arbeit und Arbeitsleben?

Ganz wenig. Das ist fatal. Jede kleine Gewaltnachricht wird gebracht, aber Arbeitslosigkeit als Gewaltakt wird medial nicht sichtbar. Das wird völlig ausgeklammert. Die Arbeitswelt existiert nur auf der Ebene der Arbeitsmarktdaten.

Da ist auf der einen Seite eine dezidierte Kritik an Ist-Zuständen und auf der anderen Seite ein ungeheuer vitales, konservatives bis neoliberales Bild von Individualismus und wie man ihn gebraucht. Gibt es eine nur annähernd so vitale linke Vorstellung von Individualität, wie sie positiv gewendet werden könnte?

Ich weiß es nicht. Als ich mit Alexander Kluge die vier Bücher, die wir gemeinsam gemacht haben, neu herausgeben wollte, suchten wir nach einem geeigneten Titel. Nach langen Überlegungen haben wir es „Der unterschätzte Mensch“ genannt. Warum? In dieser Zeit der kulturellen Suchbewegungen, so möchte ich das bezeichnen, fehlt es an kompakten und durchformulierten Texten, an denen sich widerständige Phantasie orientieren könnte. Aber sie werden gebraucht und gesucht. Ich bin der festen Überzeugung, dass Utopien, also Großentwürfe, nicht mehr formuliert werden können. Aber jeder Mensch hat so etwas wie eine Utopie, eine Vorstellung von dem Leben und von der Gesellschaft, wie sie sein sollten. Diese Utopien können sich miteinander verknüpfen. Es sind eher Alltagsutopien, die sich auch in Wahlen ausdrücken können. Ich glaube in der Tat, dass die Bundestagswahl 2002 diejenigen begünstigt hat, von denen viele annahmen, sie hätten vielleicht doch die bessere Idee von der Gesellschaft. Gerade viele junge Leute wollen eine gerechtere Ordnung, eine weniger konfliktreiche und gewalttätige Gesellschaft.